

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 185. Ratssitzung vom 16. Dezember 2016**

### **Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2017/311, Antrag 199 und Postulat GR Nr. 2017/441**

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 199. und 200. (Postulat GR Nr. 2017/441)

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Letztes Jahr forderte die GLP noch eine Reduktion um 50 %. Der diesjährige Antrag kommt als braver Plafonierungsantrag daher. In der Begründung ist die Pathologisierung, von der wir nun bereits einige Male gehört haben, gut beschrieben. Aus unserer Sicht dürfte der Antrag noch etwas weiter gehen. Er ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Daher unterstützen wir die GLP.*

**Rosa Maino (AL):** *Die Datenlage ist etwas dürrtig. Die Bemerkung «je nach Quelle und Zählart» zeigt, dass die Daten auf Seiten der Postulanten eine bedenkliche Interpretationsunsicherheit aufzeigen. Die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik geht davon aus, dass insgesamt 17–20 % aller Kinder im Laufe ihrer Schulzeit eine niederschwellige Unterstützung in der Integration benötigen. Im Postulat der GLP wird aber davon gesprochen, dass lediglich zwischen 5–10 % der Kinder und Jugendlichen von einer ernsthaften Entwicklungsstörung betroffen sind. Das würde heissen, dass die rund 20 % mit leichten bis mittleren Lern- und Verhaltensproblemen keine fachspezifische Unterstützung erhalten sollen. Die AL-Fraktion ist damit nicht einverstanden, besonders auch nicht in Anbetracht der Anforderungen, die die integrative Förderung an die Lehrkräfte und an die Schülerschaft stellt. Auch sind wir überzeugt, dass die leichten bis mittleren Förderbedürfnisse nicht eliminiert werden können, indem man die sonderpädagogischen Abklärungen und Fachbetreuungen reduziert. Erwähnen wollen wir auch die Chancengerechtigkeit. Die individuellen Förderbedürfnisse zu negieren und gleichzeitig im Zusammenhang mit der Tagesschul-Weisung Chancengerechtigkeit zu propagieren, ist ein unübersehbarer Widerspruch. Das Postulat macht uns Sorgen. Wir haben versucht, mit einer Textänderung eine Schadensminderung zu bewirken. Sie lautet wie folgt: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Ausgaben- und Stellenwachstum im Bereich der Sonderpädagogik beendet und die freiwerdenden Ressourcen in den Regelklassen eingesetzt werden können.» Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der Textänderungsantrag insofern unlogisch sei, als dass bei einem Wachstumsstopp keine Mittel freiwerden. Das mag korrekt sein. Jedoch kommt bei dem zu erwartenden massiven Anstieg von Schülerinnen und Schülern jeglicher Lehrkräftewachstumsstopp einem Abbau gleich. Die AL wird das Postulat und auch die beiden Budgetänderungsanträge ablehnen.*

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** *Wir haben uns in der Stadt für die integrative Schule entschieden. Wir Grünen halten es nach wie vor für eine gute Idee, dass man in der*

Schule möglichst alle Kinder gemeinsam schulen will. Eine Lehrperson allein kann aber nicht 20 bis 25 Kinder individuell führen. Ein Mittelmass ist für die einen Kinder zu schnell und zu kompliziert und für die anderen zu langsam oder zu einfach. Sie reagieren, indem sie sich langweilen, indem sie stören, unabhängig davon, ob sie unter- oder überfordert sind. Wenn man alle Kinder gemeinsam schulen will, braucht es zusätzliche Lehrpersonen. Es braucht sonderpädagogische Mitunterstützung in den Regelklassen. Es braucht zusätzlich eine Person, die die Kinder individuell fördern kann. Wenn man hier kürzen will, müsste man ehrlich sein und zugeben, dass man das alte Modell bevorzugen würde, bei dem die Kinder in separaten Klassen untergebracht worden sind. Diese Kinder wurden aber stigmatisiert. Sie hatten Schwierigkeiten wegen Leistungsbehinderungen und durch die Separierung gab man ihnen die Selbstwertsenkung und die Stigmatisierung mit auf den Weg. Wenn wir allen Kindern die gleichen Chancen ermöglichen wollen in der Regelklasse, braucht es zusätzliche Unterstützung. Wir können gerne prüfen, wie das erfolgen soll, aber nicht mit dem Ansatz, dass es zu viel hat. Wenn man den Anspruch, was integrative Schule bedeutet, ernst nehmen will, hat es an verschiedenen Orten zu wenig. Wir lehnen das Postulat ab. Wir wollen, dass Kinder, die bereits Beeinträchtigungen haben, nicht noch stigmatisiert werden.

**Stefan Urech (SVP):** Von Lehrpersonen egal welcher Parteifarbe hört man, dass der grösste Fehler die Auflösung der Sonderklassen war. Es wird im Rat jeweils so dargestellt, als handle es sich bei Schülern mit besonderen Bedürfnissen um Beeinträchtigte. Ich spreche nicht von Kindern mit Behinderungen, sondern von Kindern, die sehr verhaltensauffällig sind und in einer Klasse die volle Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Die Lehrer sind bei diesen Kindern der Meinung, dass sie in Sonderklassen besser aufgehoben wären, da sie in den Regelklassen die schwachen Schüler behindern, die Lernschwächen haben, aber gerne etwas lernen würden. Man sagt, die Kinder würden stigmatisiert, wenn sie in einer Sonderklasse wären. Es ist aber ebenso stigmatisierend, wenn ein Sonderpädagoge neben den Sonderschülern sitzt und alle in der Klasse wissen, wer der Sonderschüler ist. So zu tun, als ob man dadurch die Stigmatisierung aufgehoben hätte, ist Wunschdenken. Man darf die Lehrpersonen der Stadt zudem nicht unterschätzen. An der Pädagogischen Hochschule wird man stark auf die Heterogenität in den Klassen geschult. Ein guter Lehrer oder eine gute Lehrerin kann auf die verschiedenen Wünsche eingehen, wenn diese nicht so weit auseinanderklaffen wie es derzeit der Fall ist.

**Karin Weyermann (CVP):** Wir lehnen die Textänderung ab. Wenn man das Ausgaben- und Stellenwachstum beendet, werden keine Mittel frei. Wir sind der Absicht, dass man die Regelklassen stärkt, nicht abgeneigt. Mit der Ausgangslage, dass keine Mittel frei werden, kann man diese aber nicht zusätzlich in die Regelklassen investieren. Die Zuteilung der sonderpädagogischen Massnahmen erfolgt erst dann, wenn Eltern, Schulleitung und Lehrer sich einig sind. Wenn man sich nicht einig ist, findet eine schulpsychologische Abklärung statt. Ich bin überzeugt, dass die Lehrer fähig sind, mit Herausforderungen dieser Art umzugehen. Wir sprechen dabei nicht von Kindern, die aus medizinischen Gründen und auf der schulpsychologischen Ebene tatsächlich ein Bedürfnis nach sonderpädagogischen Massnahmen haben. Wir stehen hinter der integrativen Förderung. Auch diese ist eine sonderpädagogische Massnahme. Sie soll weiterhin existieren.

*Wir sind aber überzeugt, dass dies ohne ein Ausgaben- und Stellenwachstum möglich ist. Deshalb unterstützen wir das Postulat und sind überzeugt, dass die Überprüfung notwendig ist und erfolgreich durchgeführt werden kann. Zum Sparantrag: Wir werden in der Minderheit 2 bleiben. Nach eingehender Überprüfung und Diskussion sind wir überzeugt, dass man den Betrag einsparen kann. Wir möchten allerdings, dass die Begründung geöffnet wird, die sich derzeit auf Logopädie und Psychomotorik konzentriert. Diese Bereiche machen den grössten Anstieg aus. Es gibt auch im Bereich Deutsch als Zweitsprache einen Anstieg. Insgesamt ist bei den städtischen Lehrkräften im Übrigen eine Stellenreduktion zu verzeichnen. Man schaut bereits jetzt genau hin. Man könnte aber sicherlich noch genauer darauf achten, damit ein Stellenausbau in diesem Umfang nicht notwendig ist und man den Betrag über alle städtischen Lehrkräfte hinweg einsparen kann.*

**Johann Widmer (SVP):** *Ich votiere hier für Einsparungen. Es ist eine Zumutung, dass man die integrative Schule durchgebracht hat. Es ist mir bewusst, dass Volksabstimmungen dahinterstehen. Die Medien leisteten allerdings dabei eine grosse Unterstützung und das Thema genoss einen breiten Rückhalt. Es sind Staatsindoktrinationen der feinsten Art. Die Linken beten nichts anderes als das nach, was ihre Vordenker aus den 60er-Jahren schon längst kennen. Die Parallelen sind klar erkennbar.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Es geht uns nicht um einen Ausstieg aus der integrativen Förderung. Es geht auch nicht – und hier kommen wir zum Thema Warteliste – um Kinder mit einer klaren medizinischen oder psychiatrischen Diagnose. Es wurde in mehreren Fragerunden besprochen, welche Bereiche von der Kürzung betroffen sind. Es handelt sich um Bereiche, in denen im kleinen Rahmen ohne eine medizinische oder psychiatrische Diagnose gearbeitet wird. Schwierige Situationen sind in einer Schule und im Leben relativ normal. Wir sehen die Problematik vor allem dort, wo mit niederschweligen Massnahmen versucht wird, das Problem auszulagern. Bei den Zahlen besteht eine grosse Unklarheit, was durch wen erhoben wurde und wie beschrieben wurde. Es wäre gut, wenn dort durch den Stadtrat eine Klärung stattfinden würde. Es freut mich, wenn vielleicht auch herauskommt, dass das Postulat bereits umgesetzt wurde. Zu den 5–10 %: Diese Zahlen stammen von Remo Largo und Allan Guggenbühl, die auf diesem Gebiet unanfechtbar als Fachpersonen gelten. Wir dürfen uns auf diese Zahlen verlassen und unsere Überlegungen für die Zukunft davon leiten lassen.*

**Muammer Kurtulmus (Grüne):** *Was uns trennt, ist, von welchen Zahlen wir ausgehen. Die GLP ist der Meinung, dass die Zahlen zu hoch sind. Ich habe mir überlegt, wo der Fehler liegen kann. Auf der Website ist von 50 % die Rede, wir haben nun von 5–10 % gehört. Diese Diskrepanz ist gross. Die Antwort liegt darin, dass die Schulkarriere eines Kindes von 11 Jahren genommen wird. Wenn das Kind in der 1. Klasse 6 Monate Logopädie besucht hat, gehört es zur entsprechenden Gruppe. Bei meiner Familie würde diese Quote genau 50 % betragen, weil meine Tochter in der 2. Klasse Logopädie besucht hat. Das Problem liegt vermutlich daran, dass die Grundintension der Postulanten beim Sparen liegt und nicht bei den Kindern. Wenn das Sparen im Vordergrund steht, findet man immer einen Grund. Wenn wir das Thema künftig nochmals behandeln, möchte ich, dass mit echten Fakten gearbeitet wird. Bis eine sonderpädagogische*

*Massnahme eingeleitet wird, sind grosse Hürden zu überwinden. Der Lehrer muss aufgrund seiner Beobachtungen zum Schluss kommen, dass das Kind eine Massnahme braucht. Er muss die Eltern darüber informieren und die Eltern müssen mit der Massnahme einverstanden sein. Keine Lehrperson macht das freiwillig. Auch während der Massnahme werden immer Rückfragen gestellt. Die Lehrpersonen nehmen solche Handlungen nicht umsonst vor. Das wird auch künftig nicht so sein.*

**Walter Angst (AL):** *Isabel Garcia (GLP) sagte, sie habe aus den Zahlen herausgefunden, wie man die 800 000 Franken streichen könne. Ich habe versucht, in irgendeiner Form herauszufinden, wie die Ressourcenplanung auf den beiden Konti – Löhne des Betriebspersonals und Löhne des Lehrpersonals – stattfindet. Ich habe Dutzende von Dokumenten studiert. Ich habe die Beschlüsse der Kreisschulpräsidentenkonferenz zu den Ressourcen angeschaut. In diesem Bereich – und das ist vielleicht die Quintessenz dieser Debatte – ist es weder möglich, genau zu sagen, wie budgetiert wird und was enthalten ist und was nicht, noch ist es möglich, über das Parlament in irgendeiner Form eine Ressourcenplanung vorzunehmen. Es wäre wünschenswert, dass diesbezüglich eine Änderung stattfindet. Vielleicht ist es in dieser Struktur mit Schulamt, Kreisschulpflegen, Kreisschulpräsidentenkonferenzen und Stadtrat aber gar nicht möglich. Es ist mir immer noch nicht klar, wer für die Ressourcenzuteilung zuständig ist.*

**Alan David Sangines (SP):** *Es ist erstaunlich, dass die CVP sagte, es seien bereits Reduktionen vorgenommen worden, man verstehe aber die Kürzung so, dass man noch genauer hinsehen könnte. Der Stadtrat sagte bereits, dass man alles sehr genau überprüft habe. Es wird gefordert, dass acht Stellen bei der Logopädie abgebaut werden sollen. Isabel Garcia (GLP) sagte, dass der Abbau nicht dort stattfinden solle, wo Wartelisten bestehen und etwas klar indiziert ist. Der Stadtrat sagte, dass gerade in der Logopädie massive Wartelisten bestehen. Damit zu argumentieren, es gäbe schwierigere Phasen im Leben, ist schwierig, wenn dies bei Kindern vorgebracht wird, bei denen abgeklärt wird, ob sie Logopädie brauchen. Logopädie bedeutet, dass Kinder nicht verstehen, was andere sagen, dass sie bekannte Wörter nicht finden, dass sie beim Lesen und Schreiben nicht nachkommen, dass sie stottern. Dies kann den Schulalltag der Kinder massiv behindern. Wenn man dann sagt, das sei eine schwierige Situation und das gehe vorbei, halte ich das für eine problematische Aussage für die betroffenen Kinder und Eltern. Wir haben die Zahlen gehört. Die Sonderschulquote ist abnehmend. Die Therapiequote ist abnehmend. Jetzt zu sagen, man wolle auf Vorrat kürzen und nachher könne man zeigen, wie die Zahlen genau aussehen, ist nicht seriös. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen, um zu zeigen, dass alles bereits erfüllt ist. Präventiv noch ein bisschen kürzen zu wollen, ist nicht seriös, gerade in diesem wichtigen Bereich, in dem am Ende die Kinder, die Familien und die Eltern leiden.*

**Marcel Tobler (SP):** *Ich kann nicht verstehen, dass die GLP Stellen bei der Logopädie kürzen will. Eine niederschwellige Problematik braucht ebenso niederschwellige Lösungsansätze und Methoden, damit die Kinder lernen, wie sie den Umgang mit motorischen Problemen lösen können, so etwa den Unterschied zwischen «sch» und «s». Dies kann man in der Regelklasse nicht üben, auch die Eltern verfügen vermutlich nicht über das Wissen, wie sie mit diesen Problemen umgehen können. Es braucht*

5 / 16

*Logopädie, es braucht kindgerechte Methoden, wie das Kind üben und Fortschritte erzielen kann. Es ist unverständlich, dass man hier Stellen streichen will. Den Kindern wird Unrecht getan. Wenn sie sich in diesen Themen nicht im Kindesalter verbessern können, behalten sie sie ein Leben lang.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Es hat sich nun in der Diskussion gezeigt, dass grosse Unklarheiten darüber bestehen, wovon wir sprechen und wie die Ressourcenplanung vorgenommen wird. Wir sind gespannt, welche Erkenntnisse uns der Stadtrat präsentieren wird und ich hoffe, dass daraus ein Erkenntnisgewinn für uns alle resultieren wird, sei es im finanziellen, im prozeduralen oder im inhaltlichen Bereich.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

**STR Gerold Lauber:** *Ich bedaure, dass wir mit den Zahlen offensichtlich nicht überzeugen konnten. Es wurde wochenlang an diesem Thema gearbeitet und Hunderte von Fragen beantwortet. Der Direktor des Schulamts war Tag und Nacht an der Arbeit. Die Zahlen, die ich präsentiert habe, sind korrekt. Wir bringen es in die Spezialkommission und legen es offen. Es ist aber nicht fair, sich jetzt auf Unklarheiten zu berufen. Hätten wir alles präzise gehabt, wäre das Ergebnis vermutlich dasselbe.*

S. 328	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3020 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne der Lehrkräfte</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>199.</b>	Antrag Stadtrat				64 706 700	Mehrheit
			6 000 000		58 706 700	Minderheit 1
			820 000		63 886 700	Minderheit 2
		Begründung:	SVP: Rückbau bei Aufgabenstunden, situativer Förderung, Back to School, Einzelunterricht, Betreuung durch Lehrpersonen, Schulkultur, Logopädie und Psychomotorik, Rotationsgewinne wieder budgetieren; GLP: Plafonierung sonderpädagogische Massnahmen, keine Stellenschaffungen für Sonderpädagogik, Reduktion 8,2 Stellen			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 108 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
088	Akyol	Ezgi	AL	JA
171	Albrecht	Patrick	FDP	ENTHALTEN
084	Angst	Walter	AL	JA
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
121	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
105	Baumann	Markus	GLP	ENTHALTEN
168	Baumer	Michael	FDP	ENTHALTEN
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
061	Blättler	Florian	SP	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	ENTHALTEN
031	Brander	Simone	SP	JA
120	Brunner	Alexander	FDP	ENTHALTEN
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Bünger	Pablo	FDP	ENTHALTEN
069	Bürgisser	Balz	Grüne	JA
002	Bürki	Martin	FDP	ENTHALTEN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	ENTHALTEN
130	Egli	Andreas	FDP	ENTHALTEN
030	Egloff	Mathias	SP	JA
062	Erdem	Niyazi	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
045	Früh	Anjushka	SP	JA
101	Garcia	Isabel	GLP	ENTHALTEN
087	Garcia Nuñez	David	AL	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA

102	Gredig	Corina	GLP	ENTHALTEN
082	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	ENTHALTEN
160	Hüni	Guido	GLP	ENTHALTEN
116	Huser	Christian	FDP	ENTHALTEN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	ENTHALTEN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	ENTHALTEN
046	Kraft	Michael	SP	JA
099	Krayenbühl	Guy	GLP	ENTHALTEN
001	Küng	Peter	SP	JA
054	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	ENTHALTEN
134	Leiser	Albert	FDP	ENTHALTEN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
178	Liebi	Elisabeth	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	ENTHALTEN
077	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	ENTHALTEN
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	ENTHALTEN
161	Meyer	Pirmin	GLP	ENTHALTEN
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	ENTHALTEN
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN

096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	ENTHALTEN
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	ENTHALTEN
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
044	Renggli	Matthias	SP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
112	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	ENTHALTEN
005	Rudolf	Reto	CVP	ENTHALTEN
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
003	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
176	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	ENTHALTEN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	ENTHALTEN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
110	Señorán	Maria del Carmen	SVP	NEIN
098	Siev	Ronny	GLP	ENTHALTEN
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	ENTHALTEN
124	Sinovicic	Dubravko	SVP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	ENTHALTEN
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	ENTHALTEN
162	Traber	Christian	CVP	ENTHALTEN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	ENTHALTEN
183	Urben	Michel	SP	JA
141	Urech	Stefan	SVP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
119	Vogel	Sebastian	FDP	ENTHALTEN

9 / 16

144	Vogelbacher	Reto	CVP	ENTHALTEN
129	Weyermann	Karin	CVP	ENTHALTEN
109	Widmer	Johann	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	ENTHALTEN
063	Ziswiler	Vera	SP	JA

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(64 706 700)	62 Stimmen (= Ja-Stimmen)
Antrag Minderheit 1	(58 706 700)	23 Stimmen (= Nein-Stimmen)
Antrag Minderheit 2	(63 886 700)	<u>40 Stimmen</u> (= Enthaltung)
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
088	Akyol	Ezgi	AL	JA
171	Albrecht	Patrick	FDP	NEIN
084	Angst	Walter	AL	JA
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
121	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
105	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
061	Blättler	Florian	SP	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
120	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Büniger	Pablo	FDP	NEIN
069	Bürgisser	Balz	Grüne	JA

10 / 16

002	Bürki	Martin	FDP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
030	Egloff	Mathias	SP	JA
062	Erdem	Niyazi	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
045	Früh	Anjushka	SP	JA
101	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
087	Garcia Nuñez	David	AL	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
102	Gredig	Corina	GLP	NEIN
082	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
046	Kraft	Michael	SP	JA
099	Krayenbühl	Guy	GLP	NEIN
001	Küng	Peter	SP	JA
054	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN

11 / 16

134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
178	Liebi	Elisabeth	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
077	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
161	Meyer	Pirmin	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	NEIN
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
044	Renggli	Matthias	SP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
112	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenthal	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN
005	Rudolf	Reto	CVP	NEIN
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
003	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
176	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN

041	Seidler	Christine	SP	JA
110	Señorán	Maria del Carmen	SVP	NEIN
098	Siev	Ronny	GLP	NEIN
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
124	Sinovicic	Dubravko	SVP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
141	Urech	Stefan	SVP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
119	Vogel	Sebastian	FDP	NEIN
144	Vogelbacher	Reto	CVP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
109	Widmer	Johann	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
063	Ziswiler	Vera	SP	JA

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 63 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

**3609. 2017/441**

**Postulat der FDP-, GLP- und CVP-Fraktion vom 06.12.2017:**

**Verhinderung eines Ausgaben- und Stellenwachstums im Bereich der Sonderpädagogik**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Isabel Garcia (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3569/2017).

Alan David Sangines (SP) begründet den von Dr. Davy Graf (SP) namens der SP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag und beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

13 / 16

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2017/311, Beschluss-Nr. 3589/2017, Antrag Nr. 199.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 108 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
088	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
171	Albrecht	Patrick	FDP	JA
084	Angst	Walter	AL	NEIN
138	Anken	Walter	SVP	JA
013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
121	Bartholdi	Roger	SVP	JA
105	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	JA
018	Beer	Duri	SP	NEIN
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
061	Blättler	Florian	SP	NEIN
133	Bodmer	Onorina	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	NEIN
120	Brunner	Alexander	FDP	JA
052	Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
165	Bünger	Pablo	FDP	JA
069	Bürgisser	Balz	Grüne	NEIN
002	Bürki	Martin	FDP	JA
033	Denoth	Marco	SP	NEIN
009	Diggelmann	Simon	SP	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	NEIN
062	Erdem	Niyazi	SP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	NEIN
015	Frei	Dorothea	SP	NEIN
045	Früh	Anjushka	SP	NEIN
101	Garcia	Isabel	GLP	JA
087	Garcia Nuñez	David	AL	NEIN

027	Glaser	Helen	SP	NEIN
135	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	NEIN
102	Gredig	Corina	GLP	JA
082	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
048	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
072	Hirsiger	Eva	Grüne	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	JA
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
039	Kälin	Simon	Grüne	NEIN
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
046	Kraft	Michael	SP	NEIN
099	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
001	Küng	Peter	SP	NEIN
054	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	NEIN
066	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
178	Liebi	Elisabeth	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
077	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
042	Manz	Mathias	SP	NEIN
163	Mariani	Mario	CVP	JA
051	Marti	Elena	Grüne	NEIN
154	Marty	Christoph	SVP	JA
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	JA
161	Meyer	Pirmin	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	JA

024	Moser	Felix	Grüne	NEIN
152	Müller	Marcel	FDP	JA
173	Müller	Rolf	SVP	JA
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	NEIN
125	Osbahr	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
157	Regli	Daniel	SVP	JA
044	Renggli	Matthias	SP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	NEIN
112	Richter	Derek	SVP	JA
021	Rothenthal	Gabriela	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
005	Rudolf	Reto	CVP	JA
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
003	Schatt	Heinz	SVP	JA
176	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
083	Schiwow	Michail	AL	NEIN
049	Schmid	Marion	SP	NEIN
170	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	NEIN
110	Señorán	Maria del Carmen	SVP	JA
098	Siev	Ronny	GLP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
151	Simon	Claudia	FDP	JA
124	Sinovic	Dubravko	SVP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	NEIN
034	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
035	Tobler	Marcel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
183	Urben	Michel	SP	NEIN

16 / 16

141	Urech	Stefan	SVP	JA
047	Utz	Florian	SP	NEIN
119	Vogel	Sebastian	FDP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
109	Widmer	Johann	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
063	Ziswiler	Vera	SP	NEIN

Das Postulat wird mit 63 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat